

Gemeinsame Pressemitteilung

BUND und DUH kritisieren klimapolitisches Versagen des Landkreises Stade bei Regionalplanänderung

BUND Niedersachsen und Deutsche Umwelthilfe werfen Landkreis Stade klimapolitisches Versagen bei geplanter Regionalplanänderung vor. Statt sich Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende zu stellen, schaffe Landkreis Grundlagen für neue Kohlekraftwerke. Die im Landesraumordnungsprogramm (LROP) vorgesehenen Kraftwerksstandorte sollten anhand energie- und klimapolitischer Eignung konkretisiert werden

Hannover/Berlin, 13. Juli 2012: Zum Ende der Beteiligungsfrist reichten der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Niedersachsen und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) heute beim Landkreis Stade ihre Stellungnahme zur Änderung des Regionalplans (Regionales Raumordnungsprogramm - RRÖP) ein. Darin kritisieren BUND und DUH, dass der Landkreis keine geeigneten Vorgaben für den Bau neuer Großkraftwerke in Stade treffe. Stattdessen bemühe sich der Landkreis, den Weg für zwei klimaschädliche Kohleblöcke an der Unterelbe frei zu machen.

„Der Landkreis Stade hat mittelfristig nur zwei Möglichkeiten: Entweder er bringt seine historisch gewachsene Industriestruktur und die zwingenden Erfordernisse des Klimaschutzes miteinander in Einklang und entwickelt daraus Zukunftschancen oder er fällt im nationalen und internationalen Standortwettbewerb immer weiter zurück“, sagte Stefan Ott, Stellvertretender BUND-Geschäftsführer. Wer die planerische Voraussetzungen für zwei Kohlekraftwerke schafft und gleichzeitig Klimawandel, Küsten- und Hochwasserschutz als zentrale Herausforderungen der Regionalplanung definiert, handelt nicht nur widersinnig, sondern auch verantwortungslos, so Ott. Der gegenwärtige Regionalplanentwurf verweigere sich den energie- und klimapolitischen Herausforderungen und vergebe die Chancen auf eine nachhaltige Entwicklung der Region.

„Neue Kohlekraftwerke passen nicht in eine zukunftsfähige Energieerzeugungsstruktur, die auf erneuerbaren Energien basiert. Wenn die Energiewende zum Erfolg werden soll, dürfen keine weiteren Kohleblöcke mehr gebaut werden - auch nicht in Stade“, kritisierte Jürgen Quentin, Energieexperte bei der Deutschen Umwelthilfe. *„Kohleblöcke sind technisch wie wirtschaftlich nicht in der Lage, den stark steigenden aber schwankend einspeisenden Wind- und Sonnenstrom zu ergänzen. Hierfür brauchen wir in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten noch hocheffiziente und flexibel einsetzbare Gaskraftwerke.“* Zudem würden neue Steinkohlemeiler über viele Jahrzehnte hinweg den Klimawandel anheizen und damit sämtliche nationalen Klimaschutzbemühungen ad absurdum führen.

BUND und DUH fordern den Landkreis Stade auf, die Großkraftwerksflächen dahingehend zu konkretisieren, dass bei der Energieerzeugung Erdgas und Erneuerbare Energien zum Einsatz kommen, klimaschädliche Kohle soll dagegen ausgeschlossen werden. Die Umweltverbände sehen den Kreis in der Pflicht die Art des Kraftwerks zu konkretisieren, da der Regionalplan aufgrund landesplanerischer Vorgaben eine umwelt- und klimaverträgliche sowie effiziente Energieversorgung zu gewährleisten habe.

Für Rückfragen:

Dr. Stefan Ott

Stellvertretender Geschäftsführer

Bund für Umwelt und Naturschutz Landesverband Niedersachsen e.V.

Goebenstraße 3a

30161 Hannover

Tel.: 0511 96569-13

Mobil: 0175 5650852

Fax: 0511 662536

E-Mail: stefan.ott@nds.bund.net

Jürgen Quentin

Leiter Anti-Kohle-Kampagne

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Hackescher Markt 4

10178 Berlin

Tel.: 030 2400867-95

Mobil: 0151 14 56 36 76

Fax: 030 2400867-19

E-Mail: quentin@duh.de